Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1538. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 69. Freitag, 21. März 1924, abends. **77. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für den Monat März 1924 2 Mark 50 Pf. einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 34 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige, petitraubende und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Amtl. Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentlich Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Antrag auf Landtagsauflösung abgelehnt.

Vertagung des Landtags bis zum 6. Mai. — Schul- und Religionsfragen.

(lk. Dresden, 20. März 1924.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Linkssozialisten beschlossen, einen von den Kommunisten eingebrachten Dringlichkeitsantrag: „Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, die in Hirschfelde gegen die Arbeiter eingesetzte Technische Nothilfe sofort zurückzuziehen," nicht auf die heutige Tagesordnung zu setzen. (Pfui-Rufe der Kommunisten.)

In Erledigung der Tagesordnung wird zunächst die Genehmigung zur Strafverfolgung der kommunistischen Abgeordneten Schneller und Ellrodt nicht erteilt.

Zur Schlußberatung steht sodann der Gesetzentwurf über die

Aufnahme einer Anleihe von 800 000 Mark zur Weiterführung stillgelegter Wohnungsbauten.

Abg. Rammelsberg (Dn.) erklärt die Zustimmung seiner Partei unter der Bedingung, daß eine Uebersicht über Bauten und die voraussichtlichen Kosten vorgelegt werde.

Abg. Siewert (Kom.) erblickt in der Vorlage die Gefahr, daß die Regierung weiterhin Arbeitslose in der Arbeitsfron zu beschäftigen gedenke. — Abg. Noack (DVP.) weist darauf hin, daß weitere Reichsmittel für die Erwerbslosenfürsorge nur auf dem hier vorgesehenen Wege zu erhalten seien.

Arbeitsminister Eldner: Die Regierung müsse sich an die Vorschriften des Reiches halten; das Arbeitsministerium werde sich aber bemühen, Erleichterungen zu schaffen. — Abg. Jähnig (Dem.) begrüßt die Vorlage, die es ermöglichen werde, 800 angefangene Wohnungen ihrem Zwecke zuzuführen. — Die Vorlage findet Annahme gegen die Stimmen der Kommunisten.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung einiger Vorschriften des Staatsrechnungshofs und des Staatswirtschaftsgesetzes sowie des Beamtenpflichtgesetzes wird in zwei Lesungen angenommen.

Zur Beratung gelangt sodann der deutschnationale Antrag auf

Auflösung des Landtages und Verbindung der Neuwahlen mit der Reichstagswahl.

Abg. Beutler (Dn.) begründet den Antrag. Wenn der Reichstag neu gewählt sei, werde er eine ganz wesentliche Aenderung in der Struktur der Volksvertretung im Reiche und der Reichsregierung bringen. Als notwendige Folge werde sich eine Neuwahl des Landtages ergeben. Maßgebend für die Deutschnationalen sei, daß eine Neuwahl die sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit in Sachsen endgültig beseitigen werde. Er sei überzeugt, daß sich die Deutsche Volkspartei in der Koalition nicht wohl fühle. Er erwarte deshalb, daß sie und die anderen bürgerlichen Parteien für die Auflösung stimmen würden.

Abg. Edel (Linkssoz.) erklärt, die Minderheit der Sozialdemokratischen Fraktion werde dem deutschnationalen Antrag zustimmen. (Abg. Böttcher (Kom.) ruft: Seit wann geht Ihr denn auch mit den Deutschnationalen? Große Heiterkeit im ganzen Hause.) Redner kritisiert dann die Regierungspolitik und verteidigt Dr. Zeigner, der ein Opfer der Reichsparteien geworden sei.

Abg. Böttcher (Kom.) meint, es gebe keine sozialistisch-kommunistische Mehrheit im Landtage, denn die Sozialdemokratie stehe nicht mehr auf der Seite der Arbeiterschaft. Seine Partei sei für Auflösung des Landtages. Sie werde auch den Landtag nicht zur Ruhe kommen lassen und nach der Reichstagswahl wieder den Antrag auf Landtagsauflösung einbringen.

Abg. Blüher (DVP.): Seine politischen Freunde würden dem deutschnationalen Antrage nicht zustimmen. (Hört, hört! rechts.) Wenn unsere wirtschaftlichen Verhältnisse sich wesentlich bessern, dann werden den kommunistischen Agitatoren viele Felle davonschwimmen. Und auch die radikale Rechte wird viele Chancen einbüßen. Ob dann Herr Böttcher noch Lust haben wird, einen Antrag auf Landtagsauflösung einzubringen, bezweifle ich. Die Politik der Deutschen Volkspartei sei immer eine Politik auf lange Sicht gewesen. Was die Koalition bisher in Sachsen geleistet habe, könne sich sehen lassen.

Abg. Beyhke (Soz.): Der Abg. Beutler dürfe nicht glauben, daß in einem Lande wie Sachsen mit einer ausgeprägten Industrie jemals die Sozialdemokratie ausgeschaltet werden könne. Mit den Deutschnationalen könne ebensowenig wie mit den Kommunisten praktische Aufbauarbeit geleistet werden. Früher hätten die Kommunisten erklärt, Hölz sei nicht Kommunist, heute aber stellen sie ihn als Reichstagskandidaten auf. Seinen Genossen von der Minderheit sagt er: Trotzdem Ihr Euch ehrlich bemüht, im Radikalismus den Kommunisten den Rang abzulaufen, habt Ihr von diesen doch nur Ohrfeigen bekommen. Ihr kümmert Euch den Teufel darum, wie Eure Forderungen durchgebracht werden sollen. Seine Freunde sähen in der gegenwärtigen Koalition die einzige Möglichkeit, im Interesse des Proletariats zu wirken. Deshalb würden sie den Auflösungsantrag ablehnen.

Abg. Dr. Seyfert (Dem.) sagt, die Deutschnationalen hätten den Auflösungsantrag nur angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen eingebracht. Seine Partei habe keine Veranlassung, den gegenwärtigen Zustand zu beseitigen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte findet Annahme.

In namentlicher Abstimmung wird hierauf der Antrag auf Landtagsauflösung mit 43 Stimmen der Koalitionsparteien gegen 42 Stimmen der Deutschnationalen, Kommunisten und Linkssozialisten abgelehnt.

Es folgt die Aussprache über die vorgeschlagene

Vertagung des Landtages bis zum 6. Mai.

Abg. Beutler (Dn.) spricht sich gegen eine Vertagung aus. Die Koalitionsparteien fürchteten wahrscheinlich, auf wichtige Anfragen und Anträge Antwort erteilen zu müssen, die ihnen ihren Wählern gegenüber unbequem werden könnten.

Abg. Böttcher (Kom.) ist gleichfalls gegen Vertagung, denn während dieser Zeit würde die Koalitionsregierung ihre Macht noch brutaler ausnützen, als bisher.

Abg. Schwarz (Linkssoz.) erklärt sich mit einer Vertagung erst vierzehn Tage vor den Wahlen, nicht aber schon jetzt einverstanden.

Das Haus beschließt die Vertagung bis zum 6. Mai und die Einsetzung eines Zwischenausschusses zur Erledigung der dringendsten Aufgaben.

Der Gesetzentwurf zur Durchführung des

Personalabbaugesetzes in den Schulen

wird nach kurzer Aussprache in der Fassung der Regierungsvorlage mit den Abänderungsanträgen des Ausschusses **angenommen.**

Zur ersten Beratung steht sodann der Entwurf zur

Anpassung der Schulgesetzgebung an die Gemeindeordnung

für den Freistaat Sachsen. (Anpassungsschulgesetz.) Er geht an den Rechtsausschuß.

Weiter beschließt das Haus, ein Gesuch des sächsischen und Leipziger Berufsschulvereins um **Aenderung des Schulbesuchsgesetzes** der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Arzt (Soz.) begründet dann seinen Antrag, den Religionsunterricht **innerhalb der ersten vier Schuljahre wegfallen zu lassen.**

Ein weiterer Antrag betr. den Schulbesuch an staatlich nicht anerkannten Feiertagen wird vom Abg. Weckel (Soz.) begründet. Redner kritisiert die Haltung des sächsischen Volksbildungsministers gegenüber dem Schulgebet und dem Schulbesuche an staatlich nicht anerkannten Feiertagen. Rein politische Gründe seien für die Aufhebung der von Fleißner erlassenen Verordnungen maßgebend gewesen. Er bittet, die Fleißnerschen Verordnungen wieder in Kraft zu setzen.

Abg. Arzt (Soz.) behandelt seine Anfrage betr. die Wiedereinstellung des aus dem Staatsdienste ausgeschiedenen Ministerialrats Dr. Wölker und dessen Beförderung zum Ministerialdirektor. Diese Wiedereinstellung sei bezeichnend für die Personalpolitik der neuen Regierung. Redner fragt, welche Gründe die Regierung bewogen haben, die Einstellung und Beförderung Wölkers vorzunehmen. Unter dem Vorwande der Geschäftsvereinfachung entledige sich die Koalitionsregierung aller unbequemen Sozialdemokraten und Republikaner, während politisch rechtsstehende Personen, wie Direktor Naumann im Schwesternhause Arnsdorf und Ministerialdirektor Wölker, wieder in die Beamtenschaft eingereiht werden.

Volksbildungsminister Dr. Kaiser

beantwortet den Antrag Arzt auf Wegfall des Religionsunterrichts innerhalb der ersten vier Schuljahre dahin, daß die Reichsverfassung bestimme, daß **Religionsunterricht ordentliches Lehrfach sei.** Der Antrag diene nicht dazu, den Schulfrieden zu fördern, deshalb könne er ihn nicht durchführen. Die Fleißnerschen Verordnungen über Schulgebet habe er aufgehoben, um dem Frieden in der Schule zu dienen. Der weitüberwiegende Teil des Volkes hänge noch am Religionsunterricht. Nur Sorge um die Zukunft unserer Volksschule habe ihn bei den getroffenen Maßnahmen geleitet. Was die Wiedereinstellung des **Ministerialdirektors Wölker** anlange, so sei die Wiederbesetzung der durch den Abgang des Ministerialdirektors Michel freigewordenen Stelle dringend nötig gewesen.

Innenminister Müller:

Herr Arzt habe sich bei seinen Ausführungen nur auf Gerüchte gestützt. Bei der Wiedereinstellung des Ministerialrates Fritzsche handle es sich um **einen Akt der Gerechtigkeit.** Menke sei nicht ein Polizeipräsident gewesen, wie er sich einen solchen vorstelle. Der Fall Naumann wäre nicht mehr da, wenn nicht mein Vorgänger die Rehabilitierung Naumann versprochen und die Einweisung des Pfarrers Starke nicht einmal an- und abgesetzt hätte. (Heiterkeit.) Eine Berufung Starkes auf diesen Platz wäre falsch. Er werde sie nicht durchführen.

Nach längerer Aussprache gehen die **Anträge an den Rechtsausschuß.**

Nächste Sitzung: Dienstag, den 6. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Tagung des Rechtsausschusses.

)(Dresden. In der gestrigen Sitzung des Rechtsausschusses des Landtages wurde ausführlich der Antrag der deutschnationalen Fraktion betreffend Aufhebung der Verfügungen des Volksbildungs- und des Wirtschaftsministeriums über den **verbotenen Gebrauch von Lehr- und Lesebüchern verhandelt.** Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt. Weiter wurde der Antrag verhandelt, daß die Regierung eine Verordnung erlasse, nach der für den **Besuch von Versuchsschulen** der Bezirksschulzwang nicht besteht und die nachgeordneten Schulbehörden angewiesen werden sollen, Gesuchen um Ueberweisung von Kindern in gesetzliche Volksschulen zu entsprechen. Der Antrag wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt. Endlich wurde der Antrag der Deutschnationalen verhandelt, der Landtag wolle beschließen, daß die **Bewertung der Warenbestände und Anlagen auf Grund von § 11 des Gewerbesteuergesetzes** nach dem Goldwert zu Anfang und zu Ende des Veranlagungsjahres zu erfolgen hat. Der Antrag wurde abgelehnt, nachdem die Regierung erklärt hatte, daß sie Gestundungsgesuche **in weitgehendstem Maße berücksichtigen** wolle.

Staatliche Notstandsarbeiten.

Dresden. Dem Landtag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der den Bau mehrerer Wasserkraftanlagen vorsieht. In der Begründung heißt es, daß die noch immer große Erwerbslosigkeit in Sachsen dazu zwingen, mit aller Beschleunigung in der Nähe der Erwerbslosenzentralen Notstandsarbeiten in die Wege zu leiten. Wasserkraftanlagen seien dazu in hervorragender Weise geeignet und dienten gleichzeitig dem im Interesse des Volksganzen dringend notwendigen weiteren Ausbau der sächsischen Wasserkräfte. Es sollen in Angriff genommen werden Wasserkraftanlagen an der vereinigten Mulde bei Wurzen, an der Zwickauer Mulde bei Waldenburg und am Schwarzwasser bei Aue, ferner soll die Wasserkraftanlage an der Freiberger Mulde bei Klosterbuch weiter ausgebaut werden. Der Bau dieser vier Wasserkraftanlagen soll 4 935 000 Mark kosten.

Strafantrag im Hitler-Prozeß.

WTB. München, (Fernsprechmeldung.) Im Hitler-Prozeß beantragte heute am Schluß der Plaidoyers der beiden Staatsanwälte der Erste Staatsanwalt für Hitler 5 Jahre Festungshaft wegen Verbrechens des Hochverrats, gegen Kriebel, Poehner und Dr. Weber in Mittäterschaft je 5 Jahre Festungshaft, gegen General Ludendorff wegen Beihilfe beim Verbrechen des Hochverrats 2 Jahre Festungshaft, ebenso 2 Jahre Festungshaft gegen Dr. Frick und Böhm wegen Beihilfe. Gegen Brückner und Wagner 1 Jahr 6 Monate Festungshaft wegen Beihilfe, gegen Oberleutnant Berneck 1 Jahr 3 Monate Festungshaft wegen Beihilfe. Sämtlichen Angeklagten sind mildernde Umstände zuzubilligen. Heute nachmittags 4 Uhr beginnen die Plaidoyers der Verteidigungen.

Vor den Reichstagswahlen.

Die Auslegung der Stimmlisten für die Reichstagswahlen.

* Berlin. Der Reichsminister des Innern hat bestimmt, daß die **Stimmlisten und Stimmkarten** für die Reichstagswahlen **vom 6. April bis** einschl. **13. April** auszulegen sind. Im rechtsrheinischen Bayern werden am 6. April die Landtagswahlen stattfinden und also im allgemeinen nur eine Ergänzung der für die Landtagswahlen aufgestellten Listen in Frage kommt, ist die Auslegungfrist auf die Zeit vom 21.—27. April festgesetzt. Näheres über Ort und Zeit der Auslegung geben die Gemeindebehörden noch bekannt. Ansprüche müssen bis zum Ablauf der Auslegungsfrist erhoben werden. Wählen kann nur der, der in die Stimmlisten eingetragen ist oder bei Abwesenheit am Wahlorte am Wahltage sich rechtzeitig einen Stimmschein hat ausstellen lassen.

Wahlreisen der Minister.

Wie wir hören, werden die meisten Mitglieder des Reichskabinetts, soweit sie den politischen Parteien angehören, aktiv in den Wahlkampf eingreifen. Reichskanzler **Dr. Marx** wird hauptsächlich in Norddeutschland in Wahlversammlungen sprechen, während dagegen Minister **Dr. Stresemann** die Absicht hat, gegen Mitte oder Ende April eine großzügige Wahlreise durch ganz Norddeutschland zu unternehmen. Reichswehrminister **Dr. Geßler**, Arbeitsminister **Dr. Braun** und Reichswirtschaftsminister **Dr. Hamm** werden Süddeutschland bereisen. Für die kommende Woche ist eine große Rede des Reichswehrministers voraussichtlich in Nürnberg vorgesehen. Die Regierung selbst ist entschlossen, mit einer großen einheitlichen Parole in den Wahlkampf einzutreten. Diese Parole lautet: Für den inneren Wiederaufbau Deutschlands, energische Durchführung der Sanierungspolitik, Aufrechterhaltung des inneren Friedens, eine klare und vernunftgemäße Außenpolitik, für soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Fortschritte.

Wahlrichtlinien des „Stahlhelm der Frontsoldaten".

)(Berlin. Eine Vorstandssitzung des „Stahlhelm der Frontsoldaten" hat Richtlinien für die Reichstagswahlen erlassen, in denen es als Pflicht aller Kameraden bezeichnet wird, sich an den Wahlen, die eine starke nationale Reichsregierung schaffen sollen, zu beteiligen. Der Bund als solcher nimmt an dem Wahlkampf nicht teil, erwartet aber von seinen Mitgliedern, daß sie nur Kandidaten ihre Stimme geben, die eine starke vaterländische Politik gewährleisten. Die marxistisch gerichteten Parteien werden als Gegner des politischen Ziels der Befreiung des deutschen Volks und des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft bezeichnet. Von den befreundeten Parteien wird verlangt, daß sie **Frontsoldaten an aussichtsreiche Stellen in ihren Listen setzen.**

SLUB
Wir führen Wissen.